

Gemeinsam!

Am 8. Juli tritt Österreichs neuer Bundespräsident sein Amt an. Die Stichwahl Ende Mai war äußerst knapp und viele atmeten auf, dass es so ausgefallen ist wie es ausgefallen ist. In den Wochen vor der Stichwahl war viel an Mobilisierung zu bemerken. Viele Menschen aus den verschiedensten Bereichen haben sich eindeutig deklariert und positioniert, haben zur Unterstützung des neuen Präsidenten aufgerufen und sich engagiert. Nun ist zu hoffen, dass dieser Schwung auch gut einen Monat nach der Wahl noch anhält, denn nach diesem Ergebnis kann man jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Dass fast die Hälfte der Wähler_innen für einen Kandidaten stimmten, dessen rechtsextreme Positionen nicht nur in einem Parteiprogramm, das er maßgeblich verfasst hat, sondern auch in etlichen Schriften und Wortmeldungen manifest sind, muss uns nicht nur zu denken geben, sondern ist eine Aufforderung zu handeln.

Das Engagement, das viele aufgebracht haben, um den Einzug eines rechten Kandidaten in die Hofburg zu verhindern, muss nun weitergeführt werden, um diese Möglichkeit nicht noch einmal wahr werden zu lassen. Dabei geht es keineswegs darum, dass wir „Ängste und Sorgen ernst nehmen“ sollen, denn diffuse und schlichtweg falsche Ängste kann man nicht ernst nehmen, man muss ihnen entschieden entgegen treten.

Das gilt auch für die Medien, die meist nur die Oberfläche des Problems diskutieren. Eine möglichst ausgewogene Darstellung vielfältiger Positionen kommt sehr selten vor. In vielen gesellschaftlichen Bereichen sind Modelle der Zusammenarbeit entstanden, bei denen es um themenorientierte Problemlösungen geht, bei denen sich viele unterschiedliche Menschen, mit unterschiedlicher politischer Orientierung gemeinsam um einen möglichst breiten Konsens bemühen. Dabei kann es sich um den Boykott von Firmen, Online Petitionen oder auch um die Organisation und Durchführung konkreter Aktionen handeln. Immer mehr Menschen wollen sich praktisch in den politischen Diskurs einbringen, wobei sie nicht Themen folgen, die politisch vorgegeben werden, sondern solchen, die sie persönlich als wichtig erachten. Medien müssen dazu beitragen, diese Themen sichtbar und schlussendlich auch für die Politik wichtig zu machen.

Wenn Menschen ein Mehr an Bottom-Up-Verfahren, also Initiativen, die von Bürger_innen selbst ausgehen anwenden, dann haben Medien auch die Aufgabe, möglichst vielen die Möglichkeit zu eröffnen ihre Interessen zu artikulieren und sich somit in den politischen Prozess einzubringen. Die politischen Parteien sind gut beraten, solche partizipatorischen Verfahren ernst zu nehmen. Es geht nicht um direktdemokratische Top-Down Modelle, in denen die Politik den Bürger_innen vorschreibt, was sie wann zu entscheiden haben, es geht um partizipatorische Demokratiemodelle. Nichtkommerzielle Radios können da viel erfüllen. Sie müssen sich dessen aber auch bewusst sein und in ihren Programmen und in ihrer Haltung dazu beitragen, dass Lösungsstrategien erarbeitet werden. Es geht darum zu erkennen und zu vermitteln, wo die Ursachen von Problemen liegen, wie sie zu bewerten sind, wo Verantwortungen zu finden sind. Diese Informationen sind für eine partizipatorische Demokratie, die auf Anerkennung einer vielfältigen und unterschiedlichen Gesellschaft beruht, unumgänglich.

Aber nicht nur Medien müssen diese Verantwortung wahrnehmen, das gleiche gilt auch für Kulturinitiativen, denn Kunst und Kultur muss sich politisch verstehen und es als Aufgabe sehen, gesellschafts- und sozialpolitische Diskurse zu ermöglichen und zu führen. Das heißt auch, dass sich Kunst und Kultur positionieren muss. Es genügt nicht, vor sich hin zu werkeln und das eigene Publikum zu bedienen, sondern es gilt sich zu öffnen und möglichst viele in den demokratischen Prozess zu inkludieren.

Markus Schennach